

PROTOKOLL

Zu der auf **Dienstag**, den **11.12.2018**, um **19:00 Uhr**, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung** des **Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen (Stadtentwicklung, Agenda 21)** waren erschienen:

VOM AUSSCHUSS UMWELT, ENERGIE, BAUEN
(STADTENTWICKLUNG, AGENDA 21):

CDU:	Kempf, Bastian	Stv.	Vorsitzender
	Schübeler, Norbert	Stv.	für Ringhof, Martin
	Scheidel, Jörg	Stv.	
SPD:	Forg, Klaudia	Stve.	
	Wohlfahrt, Maximilian	Stv.	für Häfele, Andreas
UBV:	Benz, Walter	Stv.	
	Nordmann, Rolf	Stv.	
GRÜNE:	Winkenbach, Manfred	Stv.	für Klee, Wolfgang
DIE LINKE:	---		

BERATENDE MITGLIEDER (§ 62 ABS. 4, S. 2 HGO):

Kempf, Ralf	Stv.(WGV)
Jünemann, Ralf	Stv. (FDP)

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

Bleiholder, Rolf	Stv. (UBV)
------------------	------------

VOM MAGISTRAT:

Bolze, Jens	Erster Stadtrat
Vanli, Hayrettin	Stadtrat

VON DER VERWALTUNG:

Ewert, Frank	ASU/Ausschussbetreuer
Wagner, Petra	ASU
Miller, Carsten	ASU
Kalus, Adalbert	ASU
Hähnel, Maxime	ASU
Schneider, Reiner	BVLA

ALS SCHRIFTFÜHRER/IN:

Faber, Jessica

Verwaltungsangestellte

VON DER PRESSE:

Tageblatt

Südhessen Morgen

ZUHÖRER:



TAGESORDNUNG:

1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Antrag der Fraktionen UBV und FDP:
Kostenkontrolle bei Bauprojekten der Stadt
- 2.1 Zum Antrag „Kostenkontrolle bei Bauprojekten der Stadt“
3. Mobilitätskonzept
4. KVP Friedrich-Ebert-Straße/Wiesenstraße/August-Bebel-Straße
5. Berichterstattung über bedeutende Projekte
hier: Auswahl der Projekte
6. Entwicklung und Vermarktung des Baugebietes Bannholzgraben II
7. Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ und 24. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren
Vergleichende Diskussion der möglichen Varianten (Zusammenstellung) zur Abwicklung des Baustellenverkehrs
8. Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ und 24. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren
 - 1 Abschließende Behandlung der Anregungen zur frühzeitigen Beteiligung (Zusammenstellung)
 - 2 Beschluss eines städtebaulichen Konzeptes als Grundlage für den Entwurf
9. Informationsvorlage ICE-Regionalforum Südhessen und Positionspapier (ICE-Neubaustrecke)
10. Verschiedenes



Der Ausschussvorsitzende Bastian Kempf eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben bzw. Änderungen gewünscht.

1. Protokoll(e) der letzten Sitzung(en)

Gegen das Protokoll Nr. 22 (Sitzung vom 08.05.18) werden keine Einwände erhoben.

Anmerkung der Verwaltung zu Protokoll:

§ 61 HGO („Niederschrift“)

(1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Gemeindevertretung ist eine Niederschrift zu fertigen. Aus der Niederschrift muss ersichtlich sein, wer in der Sitzung anwesend war, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen vollzogen worden sind. Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. Jedes Mitglied der Gemeindevertretung kann verlangen, dass seine Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.

Dazu gibt der HGO-Kommentar von Bennemann u.a. folgenden Ratschlag:

- ➔ *Der HGO-Gesetzgeber hat jedoch nicht festgelegt, was unter den Begriff „wesentlicher Inhalt der Verhandlung“ im Einzelfall zu verstehen ist. Die anschließende Aufzählung einzel-*

ner Sachverhalte (= Anwesende, TOP-Betreff, Beschlusstext, Abstimmungsergebnis) ist lediglich ein Mindestgehalt.

- Der Gesetzgeber hat dem einzelnen Gemeindevertreter nur das Recht eingeräumt, dass sein eigenes Abstimmungsverhalten in der Niederschrift festgehalten wird. **Er hat gerade keinen Anspruch auf ein Wortprotokoll vorgesehen.**
- Letztendlich muss sich der/die verantwortliche Schriftführer/-in von seinem/ihrer pflichtgemäßen Ermessen leiten lassen. Dazu sind Erfahrung und Sachkunde erforderlich. Es sollten die aus objektiver Sicht wichtigsten Argumente für oder gegen den Beschlussvorschlag wiedergegeben werden, die entsprechenden Redner sollten der Niederschrift zu entnehmen sein.
- Es kann allerdings nicht gefordert werden, dass bei jedem Tagesordnungspunkt eine erschöpfende Übersicht über jeden Redner gegeben wird.
- Ein reines Ergebnisprotokoll der Sitzung sollte nicht geführt werden, da dies nach den Vorgaben des Gesetzgebers wohl nicht ausreichend ist.

Gegen das Protokoll Nr. 24 (Sitzung vom 11.09.18) werden keine Einwände erhoben.

2. Antrag der Fraktionen UBV und FDP: Kostenkontrolle bei Bauprojekten der Stadt

Bezug: Antrag der Fraktion

Stadtverordnetenvorsteher Schübeler fasst abschließend zusammen, dass keine Entscheidungsgewalt der Stadtverordnetenversammlung gegenüber dem Magistrat besteht und es sich hier lediglich um einen Wunsch bzw. eine Anregung der geäußert werden könne handelt.

Vorsitzender Kempf formuliert den einstimmigen Appell des Ausschusses an die Verwaltung, künftig schnellstmöglich über anstehende Kosten und Kostenerhöhungen informiert zu werden und nach Möglichkeit dass von den Antragstellern vorgeschlagene Verfahren – bepreistes Leistungsverfahren - Anwendung findet.

1. **Stadtrat Bolze** sagt dies zu.

Beschluss: ohne Beschluss

Abstimmung:

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 8 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU, BVLA

2.1 Zum Antrag „Kostenkontrolle bei Bauprojekten der Stadt“

Bezug: Vorlage des Bürgermeisters

siehe TOP 2

Auszug: 1. Stadtrat, ASU, BVLA

3. Mobilitätskonzept

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung

Stv. Winkenbach für GRÜNE: Er stimmt dem vorgelegten Konzept zu.

Stv. Scheidel für CDU: Auch die CDU stimmt dem zu, die angebotenen Fördermittel solle man unbedingt nutzen.

Stve. Forg für SPD: Auch sie spricht sich für die Nutzung der Fördermittel aus und signalisiert Zustimmung der SPD-Fraktion.

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung den Förderantrag Nahmobilität im Frühjahr 2019 stellt und nach Bewilligung den Auftrag zur Durchführung des Nahmobilitäts-Checks an ein Planungsbüro vergibt. Mittel in Höhe von 50.000 € werden für 2019 bereitgestellt.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 8 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU, Brundlandbüro, Ordnungsamt

4. KVP Friedrich-Ebert-Straße/Wiesenstraße/August-Bebel-Straße

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung

Herr Ewert (ASU) und 1. Stadtrat Bolze erläutert die Vorteile und Verbesserungen die sich für Radfahrer, Fußgänger und motorisierten Individualverkehr ergeben und dass es erst einmal bei einem Tempolimit von 50 im Kreisbereich bleiben soll, da sich das Verkehrstempo durch einen Kreisverkehrsplatz automatisch verlangsamt. Die Kosten für den KVP seien nicht investiv sondern aus dem Budget von ASU.

Stv. Benz für UBV hält das Provisorium für eine gute Entscheidung

Stv. Jünemann für FDP: Er stimmt dem zu. Der Verkehrsfluss wird verbessert, es sollte jedoch darauf geachtet werden den KVP übersichtlich zu gestalten, nicht wie beim KVP Janusz-Korczak-Allee.

Stv. Winkenbach für GRÜNE: sieht dringenden Handlungsbedarf. Erforderlich hält er aber noch einen Radweg Richtung Bannholzgraben.

Stv. Scheidel stellte die Frage nach der Herkunft der benötigten Mittel, da ja noch andere Projekte zur Umsetzung anstünden.

1. Stadtrat Bolze antwortet, dass es sich hier nicht um investive Mittel handelt.

Vorsitzender Kempf fragt nach, ob Mittel für Unterhaltungsmaßnahmen dann nicht auch für den bereits beschlossenen Umbau am Königsacker hätten verwendet werden können.

1. Stadtrat Bolze erklärt, dass die Entscheidung für diese Maßnahme unter dem Aspekt der Steigerung der Verkehrssicherheit für ihn Vorrang habe.

Auszug: ASU, OA

5. Berichterstattung über bedeutende Projekte hier: Auswahl der Projekte

Bezug: Vorlage des Hauptamtes

Stv. Benz nennt die Planungskosten des Rathauses als möglichen Punkt.

Stadtverordnetenvorsteher Schübeler hält die Punkte Stadtumbau West und Brückenbauwerke für interessant.

Stv. Jünemann nennt den Abwassersammler der Stadtwerke Viernheim.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen benennt folgende Projekte, über die in regelmäßigen Abständen informiert werden soll:

- Planungskosten Rathaus
- Stadtumbau West
- Brückenbauwerke
- Abwassersammler der Stadtwerke

Abstimmung: Ohne Abstimmung
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 8 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU

6. Entwicklung und Vermarktung des Baugebietes Bannholzgraben II

Bezug: Vorlage des Ersten Stadtrates

Stve. Forg für SPD: Hält weiteren Beratungsbedarf innerhalb der Partei für notwendig.

Stv. Scheidel für CDU: Stimmt dem zu und wünscht sich Vertreter der Verwaltung zur weiteren Aufklärung in der Fraktionssitzung.

Stv. Winkenbach für GRÜNE: Hält eine Einzelabstimmung der verschiedenen Bereiche für zwingend notwendig und sieht weiteren Redebedarf bevor ein Beschluss gefasst werden könne.

Stv. Benz für UBV: Spricht sich auch für eine Einzelabstimmung aus.

Vorsitzender Kempf sieht speziell in den Bereichen Dachbegrünung und Verkehrsberuhigung weiteren Redebedarf.

Beschluss: Man einigt sich darauf, heute keinen Beschluss zu fassen und eine Sondersitzung bzw. Sonderinfoveranstaltung einzuberufen, zu der wenn gewünscht auch andere Stadtverordnete kommen können. Im Vorfeld könne sich jede Partei intern bereits Fragen überlegen.

Abstimmung: ohne Beschluss
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 8 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: 1. Stadtrat, ASU, BVLA, BLB, Bürgermeister

7. Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ und 24. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren Vergleichende Diskussion der möglichen Varianten (Zusammenstellung) zur Abwicklung des Baustellenverkehrs

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung

Herr Schneider (BVLA) berichtet vom Ausgang der Verhandlungsversuche mit den Pächtern und Eigentümern und dass aus diesen Gründen die Baustraßenvariante 3a nicht umsetzbar ist. Ein Großteil der Parzellenbesitzer im Außenbereich sei nicht bereit gewesen, diese abzugeben bzw. zu vermieten.

Frau Wagner (ASU) erklärt dass aufgrund des zu geringen Kurvenradius die Schleppkurve für LKWs nicht zu bewältigen sei.

Stv. Forg für SPD: Die Variante 0 wird von der SPD favorisiert. Die Belästigung der betroffenen Anwohner müsse allerdings auf das Notwendigste reduziert werden.

Stv. Benz für UBV: Spricht sich nach einigen Ortsbefahrungen und reichlichen Überlegungen für Baustraßenvariante 0 aus.

Stv. Winkenbach für Grüne: Favorisiert Variante 0.

Stadtverordnetenvorsteher Schübeler für CDU: Aufgrund der Einbahnstraßenstraßen Regelungen die getroffen werden müssten sei die Variante 3a nicht praktikabel. Er spricht sich für die Variante 0 aus.

Beschluss:

Die Darstellung der vorliegenden fachlichen Belange zu den Varianten der Abwicklung des Baustellenverkehrs wird zur Kenntnis genommen. Im Ergebnis der Diskussion erfolgt die abschließende Beschlussformulierung:

Man einigt sich einstimmig auf die Baustraßen-Variante 0 unter der Voraussetzung den Hinweisen und Bedenken der Anlieger aus der frühzeitigen Beteiligung Rechnung zu tragen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 8 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Wifö

8. Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ und 24. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren 1 Abschließende Behandlung der Anregungen zur frühzeitigen Beteiligung (Zusammenstellung) 2 Beschluss eines städtebaulichen Konzeptes als Grundlage für den Entwurf

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung

1. Stadtrat Bolze und Frau Wagner (ASU) weisen auf die Dringlichkeit hin, zeitnah einen Beschluss zu fassen um die Planungen weiter voranzutreiben.

Beschluss:

Der Beschluss in Punkt 1 wird wie folgt ergänzt:

1. Die vorgeschlagene Behandlung der Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Stand 14. November 2018) wird beschlossen.

Hinsichtlich der Thematik "externe Baustraße" wird die Abwägung an die in gleicher Sitzung erfolgte Beschlussfassung in TOP 7 (Variante 0) angepasst.

2. Man einigt sich Punkt 2 des Beschlussvorschlages nicht heute, sondern in der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Dienstag den 18.12.18 zu beschließen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 8 Ausschussmitglieder anwesend)

9. Informationsvorlage ICE-Regionalforum Südhessen und Positionspapier (ICE-Neubaustrecke)

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung

Herr Bolze berichtet zur Vorlage.

Auszug: ASU

10. Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

◆ - ◆ - ◆

ENDE DER SITZUNG:

22:45 Uhr

◆ - ◆ - ◆

DER VORSITZENDE:

gez.: K e m p f

Bastian Kempf

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

gez.: F a b e r

Jessica Faber

F.d.R.d.A.

(Faber)

Verwaltungsangestellte